

DOROTHEA HAHN ÜBER DEN SIEG DES RECHTEN GOUVERNEURS VON WISCONSIN

Geld schlägt Gewerkschaften

Scott Walker, der Gouverneur von Wisconsin, der die Mitbestimmung abgeschafft, die Gewerkschaften verdrängt, das Tragen von Schusswaffen erleichtert, die Umweltsetze ausgehöhlt und die Familienplanungszentren ausgehungert hat, ist im Amt bestätigt worden. Sein Sieg über den demokratischen Herausforderer Tom Barrett macht ihn zum neuen Helden der RepublikanerInnen.

In Wisconsin ist aber noch mehr geschehen. „Big Money“ hat hier gegen soziale Bewegung gesiegt. Nie zuvor ist so viel Geld in einen Wahlkampf in den Bundesstaat geflossen – aus der Mineralölindustrie, der Kasinobranche, von der Republikanischen Partei.

Der Triumph Walkers öffnet den Weg für die lang vorbereitete Schlacht gegen die Gewerkschaftsbewegung in den USA. Die Organisationen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben eine ihrer letzten Hochburgen in Wisconsin. Und in der Auseinander-

setzung mit Walker waren sie die führende Kraft. Die Niederlage könnte für sie weitreichende Folgen haben: Walker hat bewiesen, dass es in den USA möglich ist, Wahlen mit Gewerkschafts-Bashing zu gewinnen. Als Nächstes wird er versuchen, die Gewerkschaften in Wisconsin restlos zu entmachten. Und RepublikanerInnen quer durch die USA werden ihm nach-eifern.

Zu den VerliererInnen gehört aber auch die Grassrootbewegung. Sie hatte im Winter 2011 eine außergewöhnliche Energie entfaltet und Tausende Menschen zu ihren ersten politischen Aktionen motiviert. Doch seit der Räumung des Kapitols von Madison konzentrierte sich die Bewegung auf rein institutionelle Politik: Petitionen, Wahlkampf und Wahlen. Die Abrufwahl von Walker sollte der krönende Höhepunkt dieser Kampagne werden. Stattdessen geriet sie zum Eigentor. Ausland SEITE 10

ULRIKE HERRMANN ÜBER BANKENRETTUNG IN SPANIEN

Der Staat muss sich verschulden

In der Eurokrise macht Kanzlerin Angela Merkel viele Fehler, aber diesmal hat sie recht. Es wäre verhängnisvoll, wenn den spanischen Pleitebanken direkt vom europäischen Rettungsfonds geholfen würde. Stattdessen muss weiter gelten: Nur Eurostaaten können Hilfskredite bekommen – um diese dann, bei Bedarf, an ihre maroden Banken weiterzuleiten.

Dieser Unterschied mag zunächst spitzfindig wirken. Aber es geht um das Ganze. Man stelle sich einmal vor, jede Bank könnte sich separat beim europäischen Rettungsfonds mit Eigenkapital eindecken. Dann würden alle maroden Institute auf ewig überleben. Daran kann niemand ein Interesse haben. Der Finanzsektor in Spanien ist völlig überdimensioniert und muss schrumpfen. Diese Neuordnung ist jedoch eine politische Entscheidung, die daher auch von der zuständigen politischen Ebene getroffen werden muss – und das ist immer noch der spanische Staat. Er muss die Hilfskredite aufnehmen und sie an die notleidenden Banken verteilen.

Aber natürlich ist es kein Zufall, dass sich die spanische Regierung mit allen Mitteln wehrt, noch weitere Kredite aufzunehmen. Das Land steckt in einer tiefen Rezession, und schon deswegen steigen die Staatsschulden rasant. Wenn jetzt auch noch die Milliarden für die Bankenrettung hinzukommen, dann wird offenbar: Spanien ist pleite. Also wird mit kosmetischen Tricks versucht, den Finanzbedarf der maroden Banken vom Staat fernzuhalten.

Dahinter steckt die absurde Idee, dass es volkswirtschaftlich einen Unterschied machen würde, ob der Privatsektor verschuldet ist – oder der Staat. Tatsächlich jedoch gilt: Die Gesamtverschuldung aller Sektoren zählt. Denn Schulden – wer immer sie gemacht hat – werden alle aus dem gleichen Topf bedient: aus der Wirtschaftsleistung eines Landes.

Es ist also eigentlich sehr übersichtlich: Spanien muss unter den Rettungsschirm – und dann seine Banken sanieren.

Wirtschaft + Umwelt SEITE 8

Es dürfen keine Gelder direkt an die spanischen Banken fließen. Da hat Angela Merkel recht

BERNHARD CLASEN ÜBER DIE KRISE ZWISCHEN ASERBAIDCHAN UND ARMENIEN

Kriegsgefahr im Kaukasus

Der Tod von fünf aserbaidschani-schen und drei armenischen Soldaten an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan wirft ein Schlaglicht auf die wachsende Kriegsgefahr im Südkaukasus.

Auch wenn Schusswechsel zwischen Truppen beider Staaten trotz eines 18-jährigen Waffenstillstands fast schon zum Alltag gehören, haben die jüngsten Vorfälle eine neue Qualität: Die Soldaten starben nicht an der Waffenstillstandzone zwischen Aserbaidschan und der von keinem Staat der Welt anerkannten „Republik Nagornij Karabach“. Sondern an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan. Hier schossen zwei Völkerrechtssubjekte aufeinander.

Ein Krieg zwischen beiden Ländern könnte weit schwerwiegendere Folgen haben als ein Krieg zwischen Aserbaidschan und der in Nagornij Karabach lebenden armenischen Minderheit. Russland, das sich als Garant des armenischen Staats versteht, würde

unweigerlich mit hineingezogen werden. Gleichzeitig wächst auf beiden Seiten der Nationalismus. In der armenischen Hauptstadt Eriwan wollen am Donnerstag wütende Bürger die Regierung zum Abbruch sämtlicher Kontakte mit Aserbaidschan auffordern. Kein gutes Omen für das von Russland initiierte armenisch-aserbaidschanische Journalistentreffen, das dieser Tage in Moskau stattfindet.

Wie lässt sich ein Krieg noch verhindern? Der Waffenstillstand muss lückenlos durch die OSZE überwacht werden. Ein derartiger Kontrollmechanismus könnte die Neigung zum Angriff eindämmen, hätte ein solcher doch internationale Verurteilung zur Folge. Gleichzeitig müssen der Kriegsbereitschaft und nationalistischen Hysterie auf beiden Seiten direkte zivilgesellschaftliche und diplomatische Kontakte entgegengestellt werden. Nur so lässt sich die wachsende Kriegsgefahr im Kaukasus bannen. Ausland SEITE 10



Griechenlands Vorläufer

KRISE Ein Euro-Ausstieg der Hellenen würde Europa erschüttern. Aber die Geschichte lehrt: Währungsverbände hatten nur selten dauerhaft Bestand

Die Spannungen in der Europäischen Währungsunion gefährden zunehmend das in der Nachkriegsgeschichte auf dem Kontinent Erreichte. Doch eine unter Druck vorangetriebene vertiefte Integration der politischen Gemeinschaft, wie sie aktuell diskutiert wird, ist keine Lösung und hat zudem kaum Aussicht auf dauerhaften Bestand. Gefragt ist vielmehr Gelassenheit: Veränderungen des Währungsregimes sind historisch betrachtet Alltag. Zudem gilt es die nationale Eigenverantwortlichkeit zu stärken: Europäische Integration muss wieder gewollt werden.

Nachdem die Europäische Währungsunion ursprünglich mit dem (politischen) Versprechen startete, einen unwiderruflichen Währungsverbund zu formen, mehren sich aktuell die Anzeichen, dass mit Griechenland ein (erstes) Land bald wieder ausscheiden könnte. An die Stelle einer für die Ewigkeit angelegten Bindung würde damit – bereits im zweiten Jahrzehnt nach der Gründung – wieder ein deutlich schwächeres Währungsregime in Europa treten, mit zwar gemeinsamer Währung, aber wegen der de facto akzeptierten Ausstiegsoption mit spürbar verringerter Glaubwürdigkeit.

Jede zweite Union zerbrach

Auch wenn nur wenige ein solches Szenario (so schnell) erwartet haben, scheint diese Entwicklung doch aus historischer Sicht alles in allem wenig überraschend. Tatsächlich lehrt die Geschichte: Währungsverbände haben selten dauerhaft Bestand. Empirische Studien zeigen zum Beispiel, dass in Lateinamerika die durchschnittliche Haltbarkeitsdauer einer Wechselkursfixierung nur etwa zehn Monate beträgt; nur sechs größere Volkswirtschaften (mit offenem Kapitalmarkt) operierten Mitte der 1990er Jahre mit einer Wechselkursanbindung, die seit mehr als fünf Jahren existierte.

Auch festere Währungsverbände, wie Währungsunionen, wurden in der Vergangenheit häufig wieder aufgekündigt. So finden sich für den Zeitraum von 1948 bis 1997 etwa 130 Episoden, in denen die Verwendung einer gemeinsamen Währung wieder beendet wurde, so dass in dieser Zeit etwas mehr als die Hälfte der bestehenden Währungsunionen auseinandergebrochen ist.

Ein zentrales Motiv, warum Länder eine Währungsunion aufgeben oder verlassen haben, war dabei der Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung und Souveränität. Vor allem ehemalige Kolonien strebten nach

dem Erlangen ihrer politischen Unabhängigkeit auch nach wirtschaftlicher Eigenständigkeit und versuchten, die Abhängigkeit von der früheren Kolonialmacht zu lösen; dazu gehörte dann oftmals auch die Einführung einer nationalen Währung. Interessanterweise findet sich dabei allerdings kein eindeutiges zeitliches Muster: Während in einigen politisch abhängigen Gebieten bereits frühzeitig eigenständige Währungen existierten, haben andere Länder erst Jahrzehnte nach ihrer Unabhängigkeit eine nationale Währung eingeführt.

Verzweifelte Rettungsversuche

Gleichzeitig finden sich auch kaum ökonomische Indikatoren, die – in statistisch signifikanter Weise – das bevorstehende Auseinanderbrechen signalisieren. Empirisch deutet allenfalls ein Auseinanderdriften der Inflationsraten verlässlich darauf hin, dass eine Währungsunion wohl tendenziell weniger tragfähig wird. Diese Ergebnisse scheinen in überzeugender Weise den Befund zu bestätigen, dass bei einer Währungsunion der Ein- und Austritt eines Landes vor allem eine politische Entscheidung ist, ebenso wie übrigens auch bei anderen Währungsfragen.

Dass der Politik auch für die Zukunft der Europäischen Union eine entscheidende Bedeutung zukommt, zeigt sich an zwei Entwicklungen. Zum einen ist die Politik derzeit (noch) nicht bereit, das Projekt einer Währungsunion aufzugeben, sondern bemüht sich händeringend um Lösungsmöglichkeiten. Die fast verzweifelten Versuche, den Fortbestand der Wäh-

rungsunion sicherzustellen, beinhalten zum Teil äußerst kurzfristige, rechtlich fragwürdige und vor allem teure Maßnahmen, denen zunehmend auch manche wirtschaftspolitischen Tabus (wie Eingriffe in die Unabhängigkeit der Zentralbank) zum Opfer zu fallen drohen. Zum anderen werden Regierungen, denen es nicht gelingt, die Kosten der gemeinsamen Währung für ihr Land tragbar zu gestalten, von der Bevölkerung abgewählt, während gleichzeitig europakritische, nationalistische Strömungen stark an Zulauf gewinnen.

Was spricht vor diesem Hintergrund – vor allem der Erfahrung, dass Austritte aus einer Währungsunion offenkundig gestaltbar sind – für ein Festhalten am Euro? Abgesehen vom häufig skizzierten Schreckgespenst unkalkulierbarer Kosten, dem prinzipiell nur schwer zu entgehen ist, scheint insbesondere der in der Folge vermutlich einsetzende Disintegrationsprozess in Europa bedrohlich.

Rückschritt in der Geschichte

Zwar gab es auch zuvor bereits Krisenphasen der europäischen Integration, in denen das Zusammenwachsen der europäischen Länder stagnierte und nationale Politiken zwischenzeitlich an Bedeutung gewannen („Euro-Sklero-rose“). Das Auseinanderbrechen der Währungsunion und die Wiedereinführung nationaler Währungen wäre nun jedoch der erste gravierende Rückschritt bei den europäischen Integrationsbemühungen, die bislang die gesamte Nachkriegsperiode geprägt haben. Eine Umsetzung weiterer gemeinsamer europäischer Projekte und Maßnahmen wäre für Jahre, möglicherweise sogar Jahrzehnte, ausgeschlossen.

Auf der anderen Seite sollte ein solches Szenario allerdings nicht dazu dienen, die Integration – ohne jede Rücksicht auf nationale Befindlichkeiten – künstlich weiter voranzutreiben. So wird gelegentlich gefordert, die Währungsunion durch eine politische Union zu ergänzen, die zum Beispiel auch eine gemeinsame Haushaltspolitik und die Vergemeinschaftung der Schulden beinhalten würde. Aber auch hier hat die Geschichte Lehren parat: Eine politische Union liefert keinerlei Garantien gegen einen späteren Zerfall. Die Erfahrungen in Osteuropa zeigen, ebenso wie die aktuellen Diskussionen über eine mögliche Teilung Belgiens, dass nicht nur Währungsverbände, sondern auch politische Einheiten schnell wieder zerbrechen können.

VOLKER NITSCH

Eine jetzt in der Krise unter Druck vorangetriebene vertiefte Integration der politischen Union in Europa ist auch keine Lösung

Volker Nitsch

ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Darmstadt. Er hat die Weltbank beraten und forscht unter anderem zur Geschichte von Währungsunionen.



Foto: privat